

# Multilaterale Akzente

## Editorial

Im Juli 2010 beschliessen die UNO-Mitgliedstaaten eine neue UNO-Organisation für Geschlechtergleichstellung und Befähigung der Frauen zu kreieren: UN Women. Nach einer vertieften Analyse kommt die Weltbank im Bericht zur Weltentwicklung 2012 zum Schluss, dass die Geschlechtergleichstellung intelligentes Wirtschaften bedeutet („Gender equality is smart economics“) und zugleich die soziale Gerechtigkeit fördert. Das Interview mit der Exekutivdirektorin von UN Women zeigt auf, in welchen Bereichen dringend Handlungsbedarf besteht. Die Schweiz hat vor Jahren die Notwendigkeit erkannt, die Geschlechterfragen in ihre Entwicklungspolitik aufzunehmen. Neuste Erkenntnisse zeigen nun: Damit Gleichstellungspolitik erfolgreich ist, braucht es beides, genügend Kompetenzen, und politischen Willen, speziell auf den höheren Entscheidungsebenen. Daran muss noch gearbeitet werden. Die multilateralen Organisationen sind mit den gleichen Herausforderungen konfrontiert. UN Women hat das systemübergreifende Mandat, zu prüfen, ob die Geschlechtergleichstellungspolitik der UNO Organisationen konkret umgesetzt werden. In Folge des Gender-Berichts der Weltbank ergreifen auch die Weltbankgruppe selber und die regionalen Entwicklungsbanken verstärkte Massnahmen. Dies verbessert die Chancen, dass ungerechte und unproduktive Ungleichgewichte abgebaut werden, sowie politische Benachteiligung, wirtschaftliche Ausbeutung und Tragödien wie Gewalt gegen Mädchen und Frauen, und hohe Müttersterblichkeit zunehmend der Vergangenheit angehören.

RAYMUND FURRER  
OLIVIER BÜRKI

## UN Women

### Die Gleichstellung ist eine Frage des politischen Willens

**INTERVIEW** Michelle Bachelet leitet UN Women, die neue UNO-Organisation zur Gender-Gleichstellung und Empowerment von Frauen. Die frühere Präsidentin Chiles zieht Bilanz über ihr erstes Jahr als Exekutivdirektorin und gibt Einblick in ihre Vision zur künftigen Rolle der Frau in der Gesellschaft. Zentral ist in ihren Augen der Beitrag der Frauen in Wirtschaft und Entwicklung.

*Als Sie Anfang 2011 die Leitung von UN Women übernahmen, legten Sie sogleich einen Aktionsplan für die ersten 100 Tage<sup>1</sup> vor. Wie weit fortgeschritten ist die Umsetzung?*  
«2011 gab es grosse Fortschritte, aber auch Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Aufbau der neuen Organisation und den Ereignissen, die das Weltgeschehen dominierten: die Demokratiebewegung in der arabischen Welt und die Wirtschafts- und Finanzkrise.

In beiden Fällen waren die Frauen betroffen und beteiligt: Im arabischen Frühling erhoben sie gemeinsam mit den Männern ihre Stimme, um vor der Beschneidung ihrer Rechte zu warnen. Die wirtschaftliche Instabilität trübt weiterhin die Beschäftigungsaussichten der Frauen. Es beginnt sich aber die Ansicht durchzusetzen, dass die Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt dazu beiträgt, das Wirtschaftswachstum wieder anzukurbeln.

Die Rechte der Frauen, ihre Beteiligung an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen, stehen im Zentrum der Arbeit von UN Women. In Ägypten trugen wir dazu bei, eine Rekordzahl von Frauen zum Wählen zu bewegen. In Kenia unterstützten wir Änderungen im Wahlrecht mit dem Ziel, die Präsenz der Frauen in der Politik zu verstärken. In Moldawien halfen wir



**Michelle Bachelet: «Konkrete Resultate für Frauen und Mädchen vor Ort zu erzielen, bleibt meine Priorität und mein Ziel».** Foto: UN Women

Bürgermeisterinnen, in Gemeindefragen mehr Einfluss zu nehmen.

In einer Region Pakistans erhielten dank einem von UN Women unterstützten Projekt über 1000 Frauen Zugang zu menschenwürdiger Arbeit. Die Unternehmen konnten sich so vom «Wert» der Frauen als Mitarbeiterinnen überzeugen. In Zentralamerika schufen über 130 Mikrofinanzinstitute Dienstleistungen, die sich an indigene Frauen und an Frauen auf dem Land richten.

Zudem führten wir auch vielversprechende Gespräche mit den Regierungen über die Ausweitung der Notdienste für Frauen, die Opfer von Gewalt werden, wie Hotlines, sichere Unterkünfte, Polizeischutz, medizinische Versorgung, rechtliche und soziale Unterstützung. UN Women setzt sich dafür ein, dass in den nächsten fünf bis zehn Jahren zahlreiche Länder solche Leistungen kostenlos und wenn nötig rund um die Uhr bereitstellen.

<sup>1</sup> [www.unwomen.org/wp-content/uploads/2011/01/VisionAnd100DayActionPlan\\_en.pdf](http://www.unwomen.org/wp-content/uploads/2011/01/VisionAnd100DayActionPlan_en.pdf)

**Was hat oberste Priorität: wirtschaftliche Unabhängigkeit, Bildung, Senkung der Sterblichkeit oder Bekämpfung von Gewalt?** Die Diskriminierung von Frauen hat viele Facetten, die eng zusammenhängen. Ganz wesentlich ist Bildung. Die zweite Grundlage ist die Unabhängigkeit der Frauen und ihre Möglichkeit, in ihrem Leben und in ihrer Gemeinschaft Entscheidungen zu treffen. Aus diesem Grund legen wir besonderes Augenmerk auf die Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Stellung der Frau («Empowerment») und auf die Beseitigung der Gewalt gegen Mädchen und Frauen.

Lediglich 30 Länder haben Gesetze erlassen, die einen Frauenanteil von 30% im Parlament vorschreiben. Ein solcher Anteil gilt als kritische Masse. 23 Länder führten dafür Quoten in irgendeiner Form ein. Dies zeigt, dass solche vorübergehenden Sondermassnahmen funktionieren, und wir befürworten sie. Zu den Prioritäten gehört aber auch, der Gewalt gegen Frauen ein Ende zu setzen.

**Selbst wirtschaftlich hoch entwickelte Länder wie die Schweiz sind noch weit von einer angemessenen Vertretung der Frauen in wichtigen politischen und wirtschaftlichen Gremien entfernt, und die Situation stagniert. Besteht Ihres Erachtens dieselbe Gefahr in den Entwicklungsländern?**

Ob die Gleichstellung erreicht wird, ist nicht nur eine Frage des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Es geht dabei mehr um eine gesellschaftliche Realität und den entsprechenden politischen Willen. Ruanda zum Beispiel hat den weltweit höchsten Frauenanteil im Parlament (56,3%), noch vor Schweden (4. Rang mit 44,7%). Dafür sind viele Gründe verantwortlich, unter anderem der Völkermord von 1994, bei dem viele Männer umkamen.

Nach dem Völkermord waren 70% der ruandischen Bevölkerung Frauen. Sie mussten ihre Familien, ihre Gemeinschaften und ihr Land wieder aufbauen und dazu die Ernährerrolle und die Führung der Zivilgesellschaft übernehmen. Bei der Ausarbeitung einer neuen Verfassung im Jahr 2000 waren drei von zwölf Kommissionsmitgliedern Frauen. Die Verfassung sieht vor, dass Frauen mindestens 30% der Sitze in Entscheidungsgremien besetzen. Kürzlich erreichte das nepalesische Parlament einen für Südasien

historisch hohen Frauenanteil von über 33%. Jedes Land ist anders. Klar ist, dass eine vollwertige Beteiligung der Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft unser Ziel bleiben muss, sowohl in entwickelten Ländern als auch in Entwicklungsländern.

**Die Vision von UN Women beruht auf der Gleichstellung von Männern und Frauen. Wie arbeiten Sie in Ländern, in denen eine vollkommen andere Auffassung vorherrscht?** Es bestehen in der ganzen Welt noch Lücken beim Schutz der Frauenrechte, und in jedem Land sind Formen der Geschlechterdiskriminierung anzutreffen. Nehmen Sie als Beispiel Gewalt gegen Frauen, die überall auf der Welt vorkommt und an gewissen Orten 76% der Frauen betrifft. Die internationale Referenz im Bereich der Frauenrechte ist das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)<sup>2</sup>. Die Länder, die das Übereinkommen ratifiziert haben, müssen Massnahmen zur Beseitigung von Praktiken ergreifen, die auf stereotypen Rollenverteilungen oder der Auffassung beruhen, dass ein Geschlecht dem andern unter- oder überlegen ist. Wir werden Instanzen einsetzen, die

diesen Verpflichtungen Geltung verschaffen sollen.

**UN Women ist aus der Zusammenlegung von vier Organisationen entstanden. Inwiefern hat sie mehr Einfluss?**

Die Gleichstellung der Geschlechter muss eine gelebte Realität werden, deshalb wurde UN Women geschaffen. Unser Mandat umfasst drei Schwerpunkte: Erarbeitung von internationalen Gleichstellungsstandards und zielen mit den Mitgliedstaaten der UNO, Anbieten von Gleichstellungsprogrammen in den Mitgliedsländern und Koordination der Bemühungen der UNO zur Förderung der Gleichstellung und zum Empowerment der Frauen.

Mit anderen Worten: Gemeinsam sind wir stärker und eher in der Lage, Gender-Fragen und Frauenrechte zuoberst auf der internationalen Agenda zu platzieren. ■■

Weitere Informationen:

Bericht 2011 von UN Women auf Englisch: [www.unwomen.org/wp-content/uploads/2011/06/UNwomen-AnnualReport\\_2010-2011\\_en.pdf](http://www.unwomen.org/wp-content/uploads/2011/06/UNwomen-AnnualReport_2010-2011_en.pdf)

<sup>2</sup> [www.admin.ch/ch/d/str/o\\_108/index.html](http://www.admin.ch/ch/d/str/o_108/index.html)

## UN Women: Starkes Engagement der Schweiz

**UN Women ist die neue UNO-Agentur für Gender-Gleichstellung und Empowerment von Frauen. Sie wurde im Juli 2010 ins Leben gerufen und nahm ihre Arbeit im Januar 2011 offiziell auf. Sie wird von der ehemaligen chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet geleitet.**

UN Women entstand aus der Zusammenlegung der folgenden vier UNO-Organe: Abteilung Frauenförderung (DAW), Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau (UNIFEM), Internationales Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau (INSTRAW), Büro der Sonderberaterin für Gleichstellungsfragen und Frauenförderung (OSAGI).

Die Schweiz beteiligte sich sehr aktiv an den Verhandlungen zur

UNO-Reform. Diese soll dafür sorgen, dass die Ressourcen und Mandate gebündelt werden, um eine grössere Wirkung zu erzielen. Im Rahmen der Reform wurde auch entschieden, UN-Women zu schaffen. Finanziell gehört die Schweiz derzeit mit einem Beitrag von 8 Millionen Franken für 2012 zu den 10 grössten Geldgebern, und sie wird 2013 im Verwaltungsrat Einsitz nehmen.

Die Schweiz führt mit der Organisation einen Dialog über deren institutionelle Entwicklung sowie über die strategische, finanzielle und operative Planung. Um eine möglichst grosse Wirkung zu erzielen, nimmt sie aber auch Einfluss auf konkrete Projekte und die Arbeitsweise vor Ort,

# Gleichstellung der Geschlechter für eine intelligente Wirtschaft

**ANALYSE** Männer und Frauen haben nicht dieselben Chancen, häufig zum Nachteil der Frauen. Dass ihnen die Gesellschaft unterschiedliche Rollen zuweist, ist nicht nur ungerecht, sondern bremst weniger reife Volkswirtschaften auch unnötig in ihrer Entwicklung. Nun sind die multilateralen Organisationen aktiv geworden.

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, «alle geeigneten Massnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau durch Personen, Organisationen oder Unternehmen zu ergreifen». Dies steht in Artikel 2 des UNO-Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW).

In der Realität jedoch haben Frauen mindestens gleich viele Pflichten wie Männer, sie erhalten dafür aber häufig weniger: weniger Lohn, Macht, Zugang zu Eigentum, Bildung und Erwerbsarbeit – selbst dort, wo die

insbesondere dank dem Know-how der DEZA.

## Beseitigung der sexuellen Gewalt

Beim strategischen Plan von UN Women hat die Schweiz erreicht, dass die Organisation der Verbesserung des Bildungszugangs für Mädchen und Frauen besondere Aufmerksamkeit schenkt. Ausserdem initiierte sie einen Dialog über eine stärkere Beteiligung an politischen Prozessen und einen besseren Zugang der Frauen zu Land.

Die Beseitigung von sexueller und häuslicher Gewalt gehört zu den wichtigen Anliegen der Schweiz in der UNO. Sie unterstützt namentlich einen UNO-Fonds zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit einem Beitrag von 3 Millionen Franken für zwei Jahre, und sie beteiligt sich an der Erarbeitung einer Broschüre für die Blauhelme als Prävention von sexueller Gewalt. ■

Gleichstellung gesetzlich verankert ist. Es handelt sich um eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, insbesondere der gesellschaftlichen und kulturellen Rolle, die Männern und Frauen zugewiesen wird.

Seit rund zehn Jahren wird die Gender-Frage in der Entwicklungszusammenarbeit vermehrt berücksichtigt (siehe Artikel S. 5). Sämtliche Studien zeigen nämlich, dass es nicht nur um Chancengleichheit und Gerechtigkeit geht, sondern dass eine stärkere Beteiligung und mehr Einfluss der Frauen in Wirtschaft und Landwirtschaft eine höhere Produktivität und eine breitere Verteilung des Reichtums bewirken. Die Weltbank spricht von «intelligenter Wirtschaft» (Gender Equality is smart Economics). Die Schweiz achtet seit den 80er-Jahren darauf, dass die Projekte und Stellungnahmen auf multilateraler Ebene die Chancengleichheit von Männern und Frauen fördern, in der DEZA und im SECO.

## Frauen und Erwerbsarbeit

Ein Hinweis darauf, dass die Gleichstellung der Geschlechter an Bedeutung gewinnt, ist auch der diesjährige Entwicklungsbericht der Weltbank, der erstmals diesem Thema gewidmet ist<sup>1</sup>. Der Bericht stellt klar, dass Fortschritte bei Lebensbedingungen, Gesundheit und Bildung nicht über die traurige Realität hinwegtäuschen dürfen: Die Gleichstellung der Geschlechter ist heute zwar in 136 Ländern gesetzlich verankert, doch sieht die Gesamtbilanz düster aus. Im Bereich Wirtschaft und Beschäftigung stellen die Frauen weltweit über 40% der Arbeitskräfte und mehr als die Hälfte der Studierenden. Nach Ansicht der Weltbank kann eine Volkswirtschaft ihr Potenzial aber nur ausschöpfen, wenn die Kompetenzen der Frauen entsprechend genutzt werden, was längst nicht immer der Fall ist.

## Widerstand des Privatsektors

Aus rein wirtschaftlicher Sicht ist eine Arbeiterin, die für ihre Tätigkeit in einer indonesischen Schuhfabrik nur mit dem Existenzminimum entlohnt wird, sehr produktiv. Aus Entwicklungssicht hingegen wird es ihr nur mit



**Mikrokredit in Bangladesh. Die Stärkung der wirtschaftlichen Macht der Frauen führt zu einer bessern Verteilung des Reichtums.**

Foto: Shehzad Noorani/Weltbank

einer fair bezahlten Arbeit gelingen, unabhängiger zu werden. Hier leisten die regionalen Entwicklungsbanken einen Beitrag. Sie stossen aber auf den Widerstand der Privatwirtschaft, denn für die meisten Unternehmen ist eine solche Entwicklung nicht in ihrem Interesse. Dabei «werden die Gewinne breiter verteilt, wenn die Frauen denselben Zugang zu Investitionskapital, Bildung und Wertschöpfungskette erhalten wie die Männer», erklärt Simone Haeblerli, wissenschaftliche Mitarbeiterin und Verantwortliche für Gender-Fragen beim SECO. «Ausserdem ist erwiesen, dass Unternehmen mit Frauen in der Geschäftsleitung auf verschiedenen Ebenen erfolgreicher sind».

## Der Plan der Weltbank

2007 kam die Weltbank nach verschiedenen Stellungnahmen, insbesondere der Schweiz, zum Schluss, dass ihr Engagement für die Gleichstellung der Geschlechter in der Wirtschaft bescheiden

<sup>1</sup> Gender Equality and Development, <http://econ.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTDEC/EXTRESEARCH/EXTWDRS/EXTWDR2012/0,,contentMDK:22850821-menuPK:7778084-pagePK:64167689-piPK:64167673-theSitePK:7778063,00.html>

<sup>2</sup> <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/TOPICS/EXTNER/0,,contentMDK:2198335-menuPK:8606483-pagePK:210058-piPK:210062-theSitePK:336868,00.html>

und die Ergebnisse durchzogen waren. Sie lancierte deshalb einen von der Schweiz unterstützten vierjährigen Aktionsplan<sup>2</sup>, der die Verbindung zwischen Gleichstellung und «intelligenter Wirtschaft» herstellt: «Es ist für uns wichtig, dass die Weltbank diese Frage in ihrer gesamten Tätigkeit stärker gewichtet», sagt Ursula Funk, Gender-Spezialistin bei der Abteilung Globale Institutionen der DEZA. Vier Jahre später, 2010, waren nach Ansicht der Bank zwei Ziele erreicht: Intern war ein wesentlich stärkeres Bewusstsein für die Gender-Dimensionen ihrer Tätigkeit vorhanden; extern hatte der Plan einen direkten Einfluss auf die Geber- und Empfängerländer, namentlich aufgrund der 270 Initiativen in 78 Ländern für 52 Millionen Dollar. Ein Ergebnis dieser Überlegungen ist der Entwicklungsbericht 2012. Mit einer Strategie und einem Spezialfonds, die von der Schweiz unterstützt werden, sollen die aus dem Aktionsplan gezogenen Lehren für die gesamte Institution genutzt werden.

Die Weltbank hat zum Beispiel eine Reihe von Initiativen lanciert, um Frauen in Industrie und Handel zu fördern. Über die Internationale Finanz-Corporation (International Finance Corporation, IFC), die Projekte in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft durchführt, unterstützt sie den Zugang der Frauen zu Krediten und Märkten mit dem Programm «Women in Business»<sup>3</sup>.

### Zugang zu Eigentum als Schlüssel der Entwicklung

Die Geschlechterdiskriminierung betrifft vor allem ländliche Gesellschaften, wobei Gesetze und Bräuche im Bereich Ehe und Erbschaft eine verstärkende Rolle spielen. Die Frauen stellen 43% der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, haben aber nur beschränkt Zugang zu Eigentum, sowohl aufgrund offizieller Gesetze als auch des Gewohnheitsrechts. Falls sie einen gesetzlichen Anspruch haben, verfügen sie nicht immer über die Mittel, um diesen auch durchzusetzen. Der Zugang zu Eigentum ist aber nach wie vor ein Schlüssel zur Entwicklung. Kapital in Form von Land, Nutztieren oder einem Haus bietet Sicherheit bei Witwenschaft oder Scheidung. Es dient zudem als Garantie für Kredite und verhilft zu einer höheren sozialen Stellung. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) geht davon aus, dass die Frauen ihre Produktivität bei einem gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen um 20 bis 30% steigern könnten. Damit liessen sich 100 bis 150 Millionen Menschen ernähren<sup>4</sup>. Forschungsarbeiten zeigen zudem, dass Frauen ihr Kapital eher zur Deckung des Grundbedarfs einsetzen, unter anderem für Nahrung und den Schulbesuch der Kinder.

### Zeit für die Frauen gewinnen

Doch «zahlreiche Entwicklungsprozesse und -politiken, insbesondere die

Modernisierung der Landwirtschaft, die Förderung des Marktzugangs und der individuellen Landrechte oder die Diversifizierung der Tätigkeiten auf dem Land, benachteiligen die dortigen Frauen in der Regel», erklärt Isabelle Hillenkamp, Forscherin am Institut für Sozioökonomie der Universität Genf. Marcela Villarreal, Leiterin der Abteilung Gender, Gleichstellung und ländliche Beschäftigung bei der FAO, bestätigt dies teilweise. «Deshalb müssen die Frauen unbedingt im Haushalt entlastet werden, für den sie enorm viel Zeit aufwenden, namentlich mit Wasser holen und Holz sammeln». Doch es gibt auch noch andere Hürden, denn «wenn eine Frau mit ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit Gewinne erzielt, besteht häufig die Gefahr, dass die Männer diese für sich beanspruchen», sagt Alexandre Ghélew, Programmverantwortlicher der Sektion Ernährungssicherheit der DEZA. Deshalb weist die Schweiz in den multilateralen Organisationen immer wieder darauf hin, dass für eine erfolgreiche Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen auch die komplexen Machtbeziehungen und die Entwicklung von Gender-Kompetenzen berücksichtigt werden müssen. ■

<sup>3</sup> [www1.ifc.org/wps/wcm/connect/Topics\\_Ext\\_Content/IFC\\_External\\_Corporate\\_Site/IFC+Sustainability/Sustainable+Business+Advisory+Services/Women+in+Business](http://www1.ifc.org/wps/wcm/connect/Topics_Ext_Content/IFC_External_Corporate_Site/IFC+Sustainability/Sustainable+Business+Advisory+Services/Women+in+Business)

<sup>4</sup> <http://www.fao.org/publications/sofa/en>

## IN KÜRZE

### Neues von den Entwicklungsbanken

Die Frühjahrstagung der **Weltbank** stand im Zeichen der Wahl eines neuen Präsidenten. Gewählt wurde am 16. April 2012 der Amerikaner Jim Yong Kim, ein gebürtiger Südkoreaner. Er ersetzt Robert Zoellick, dessen Mandat Ende Juni ausläuft. Zum ersten Mal standen einem amerikanischen Kandidaten zwei Herausforderer aus Ländern des Südens gegenüber: der Kolumbianer José Antonio Ocampo und die Nigerianerin Ngozi Okonjo-Iweala. Die Länder des Nordens hielten jedoch an der Tradition einer US-amerikanischen Präsidentschaft fest. Die **Asiatische Entwicklungsbank** (ADB) hielt ihre Jahrestagung vom 2. bis 5. Mai in Manila (Philippinen) ab. Wichtige Themen waren die Reaktion Asiens auf die veränderte Weltwirtschaft, die Krisenfestigkeit der Städte, grünes Wachstum, regionale Ernährungssicherheit und der Ausbau des Handels zwischen Asien und Lateinamerika. Die ADB gab auch die Aufnahme von 12,4 Milliarden US-Dollar für ihren Entwicklungsfonds bekannt, was einer Erhöhung um 9,5% gegenüber der letzten Vierjahresperiode entspricht.

Die Jahrestagung der **Interamerikanischen Entwicklungsbank** (IDB) fand vom 16. bis 19. März 2012 in Montevideo (Uruguay) statt. Kernthemen waren die Stärkung der Beziehungen zur ADB (siehe oben) und die nachhaltige Stadtentwicklung. Die IDB lancierte zudem die Online-

Plattform Map America<sup>1</sup>, die detaillierte Zahlen und Informationen zur ihren Projekten bietet. Derzeit sind sechs Länder abgedeckt, bis Ende 2013 sollen alle 26 Länder der Region vertreten sein.

Die Jahrestagung der **Afrikanischen Entwicklungsbank** fand vom 28. Mai bis 1. Juni in Arusha (Tansania) statt. Auf dem Programm stand unter anderem eine Grundsatzdiskussion der Gouverneure zur langfristigen Strategie der Bank (2013–2022), zu der eine öffentliche Online-Konsultation läuft<sup>2</sup>. Weitere Punkte: private Investitionen in Afrika, grünes Wachstum, Lancierung des Garantiefonds für KMU, finanzielle Gouvernanz, Süd-Süd-Zusammenarbeit.

Bei ihrer Jahrestagung in London am 18. und 19. Mai wählte die **Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung** (EBWE) einen neuen Präsidenten, wobei es erstmals zu einer offenen Wahl mit 5 Kandidaten kam. Neuer Präsident wurde der Engländer Suma Chakrabarti. Er ersetzt den seit 2008 amtierenden Deutschen Thomas Mirow. Auch die Bewerbungen von Kandidaten aus Empfängerländern waren eine Premiere und signalisieren eine neue Form der Öffnung. ■

<sup>1</sup> [www.iadb.org/en/mapamericas/mapping-results-for-latin-america-and-the-caribbean,5786.html?WT.mc\\_id=homepage\\_en\\_mapamericas](http://www.iadb.org/en/mapamericas/mapping-results-for-latin-america-and-the-caribbean,5786.html?WT.mc_id=homepage_en_mapamericas)

<sup>2</sup> [www.afdb.org/en/consultations/afdb-groups-long-term-strategy](http://www.afdb.org/en/consultations/afdb-groups-long-term-strategy)

## Geschichte des «Gender»-Begriffs

**GESCHICHTE** Alle Entwicklungsprogramme müssen die Gender-Anliegen als Querschnittsthema berücksichtigen, das nach jahrzehntelangen Bemühungen heute einen zentralen Platz einnimmt. Die Umsetzung ist noch immer nicht einfach.

Eine wahre Anekdote dazu erzählt eine Professorin der Universität Hawaii, die an einem Kongress in einem grossen Hotel in Honolulu teilnahm. Sie war bereits im Lift, als drei Männer dazukamen. Einer von ihnen wandte sich an sie und sagte: «sechster Stock». Verdutzt realisierte sie, dass sie in seinen Augen als Frau und «Indigene» zum Hauspersonal gehören musste. Diese Anekdote veranschaulicht die Gender-Diskriminierung perfekt: Im Gegensatz zum biologischen Geschlecht steht «Gender» für die sozialen oder kulturellen Eigenschaften, die Männern und Frauen von der Gesellschaft, Tradition, Religion usw. zugeschrieben werden. Die Gender-Analyse zeigt auf, welche Unterschiede bei den Rollen und



**Holz sammeln in Burkina Faso. Die Geschlechtergleichstellung ist im Feld schwierig umzusetzen.**

Foto: Curt Carnemark/Weltbank

Beziehungen von Männern und Frauen bestehen und welche geschlechtsbedingten Ungleichheiten sich daraus ergeben. Zum Abbau dieser Ungleichheiten muss die Einsicht vorhanden sein, dass Männer und Frauen unterschiedliche Bedürfnisse, Prioritäten und Voraussetzungen haben.

Es brauchte Zeit, bis sich das Gender-Konzept durchsetzte. Die Anfänge gehen auf die 70er-Jahre mit den Pionierarbeiten der dänischen Ökonomin Ester Boserup zurück. Damals wurden die Frauen in der Entwicklungshilfe weitgehend ausgeklammert, da die Ansicht vorherrschte, dass sie automatisch von allgemeinen Hilfsprogrammen profitierten – was nicht der Fall war.

Später folgten gezielte Projekte für Frauen, für die häufig spezielle Einheiten der Hilfsorganisationen zuständig waren. Laut Website des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP)<sup>1</sup> «wurde man sich dann bewusst, dass die Gender-Frage nicht isoliert betrachtet werden kann und es Analysen braucht, welche die Bedürfnisse sowohl der Männer als auch der Frauen vor Ort abklären».

### Von Mexiko bis Beijing

Mit den UNO Weltkonferenzen zu Gender und Frauenfragen schaffte es die Gender-Frage auf die Agenda des

<sup>1</sup> <http://hrba.undp.sk/index.php/terms-and-concepts/gender-mainstreaming/gender-and-inequality-and-the-history-and-of-gender-mainstreaming>

## Ergebnisse vor Ort

**Die Schweiz setzt sich seit Langem dezidiert dafür ein, dass die multilateralen Organisationen eine Gender-Politik in Kraft setzten, die geschlechtsbedingte Ungleichheiten beseitigt, um eine Entwicklung zu erreichen, von der alle profitieren. Dieses Engagement zahlt sich aus. Dazu einige Beispiele.**

Die Zahl der Frauen, die weltweit während Schwangerschaft und Geburt sterben, hat sich zwischen 1990 und 2010 fast halbiert (von 543 000 auf 287 000). Zu diesem Schluss kommt eine aktuelle Studie multilateraler Organisationen mit Beteiligung des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA)<sup>1</sup>. Die Müttersterblichkeit betrifft zu 99% Entwicklungsländer. Die multilateralen Organisationen tragen gemeinsam zur Vermeidung solcher Todesfälle bei, indem sie Unterstützung in

den Bereichen Bildung, freiwillige Familienplanung (Verhütung, Schwangerschaften in grösseren Abständen) und medizinische Grundversorgung bieten.

Mit Unterstützung der UNICEF<sup>2</sup> ist die Kluft zwischen den Mädchen und Jungen, die eine Primarschule besuchen, seit 1997 kontinuierlich kleiner geworden. Die Schweiz war in diesem Bereich besonders aktiv. Ein Beispiel: 1997 besuchten in Benin 52% der Jungen und 34% der Mädchen eine Schule, der Unterschied betrug 18%. 2010 belief sich die Differenz nur noch auf 7%, und der Schulbesuch nahm allgemein zu.

Die Asiatische Entwicklungsbank verfügt seit 1998 über eine Politik im Bereich «Gender und Entwicklung»<sup>3</sup>. Wie andere Organisationen wendet sie auch einen doppelten Ansatz an: Dieser fördert einerseits

die Integration von Gender-Anliegen als Querschnittsthema (Mainstreaming), andererseits spezifische Projekte für das Empowerment der Frauen. Diese Politik hat dazu beigetragen, dass eine wachsende Anzahl Frauen Zugang zu Bildung, Erwerbsarbeit und Krediten erhalten.

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) setzt sich namentlich für eine stärkere politische Beteiligung der Frauen ein, die in den letzten Jahren denn auch deutlich gestiegen ist. Der Weg führt über institutionelle Reformen, aber auch über die Schaffung eines interaktiven Netzes, «in dem Frauen aus der ganzen Welt ihre Erfahrungen austauschen, Zugang zu Ressourcen erhalten und Themen diskutieren, die für sie relevant sind»<sup>4</sup>. ▮

<sup>1</sup> [www.unfpa.org/public/home/mothers/MMEstimates2012](http://www.unfpa.org/public/home/mothers/MMEstimates2012)

<sup>2</sup> [www.unicef.org/french/sowc2012/index.php](http://www.unicef.org/french/sowc2012/index.php)

<sup>3</sup> [www.adb.org/themes/gender/main](http://www.adb.org/themes/gender/main)

<sup>4</sup> [www.iknowpolitics.org/fr](http://www.iknowpolitics.org/fr)

gesamten multilateralen Systems sowie der Geber- und Empfängerländer. Die erste UNO Weltkonferenzen zu Gender- und Frauenfragen 1975 läutete das «Jahrzehnt der Frau» und Bemühungen zugunsten der Gleichstellung ein. Die Frauen waren nicht mehr nur passive Empfängerinnen, sondern wurden zu Partnerinnen und Akteurinnen, die ihr Schicksal selber in die Hand nehmen, zumindest in der Theorie. 1979 verabschiedete die Generalversammlung in Mexiko das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)<sup>2</sup>, das die Grundlage für die Tätigkeit der UNO in diesem Bereich bildet. Doch erst bei der vierten Konferenz in Beijing 1995 setzte sich die Einsicht durch, dass Gender-Überlegungen in sämtliche Strukturen, Planungen und Aktivitäten der Hilfsprogramme aller Organisationen einfließen müssen. Damit war das nach wie vor aktuelle «Gender Mainstreaming» geboren, das Gender-Aspekt ein alle Entscheidungen und Prozesse einbezieht.

Die erste Schwierigkeit bestand darin, in den Organisationen selbst für eine Sensibilisierung zu sorgen und Know-how aufzubauen. Zu diesem Schluss kam 2004 eine Studie im Auftrag des Instituts für Entwicklungsstudien der Universität Genf (IUED) und der DEZA. Die Autorin Rosemarie Lausset kam zum Schluss, dass «das geringe Wissen über das Gender-Konzept, vor allem aber das mangelnde Bewusstsein, dass Gender-Kompetenzen entwickelt werden müssen, den Einbezug der Gender-Perspektive in den Institutionen behindern.» Diese Studie gab den Anstoss zur Entwicklung einer Online-Schulung, die derzeit evaluiert wird.

## SCHWEIZER POLITIK

In der Schweiz wurde in den 80er-Jahren erstmals über die Chancengleichheit von Männern und Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit diskutiert. Die DEZA formulierte ihre erste Politik in diesem Bereich 1993 unter dem Titel «Gleichberechtigte Entwicklung für Frauen und Männer». Diese wurde 2003 von der aktuellen Gleichstellungspolitik<sup>1</sup> abgelöst. Die DEZA entwickelte zudem ein Gender-Toolkit<sup>2</sup> mit Instrumenten für Praktikerinnen und Praktiker und ein Monitoring-System. Zudem baute sie ein «Gender Equality Network» mit einer Website<sup>3</sup> auf, das die Umsetzung ihrer Politik fördern soll. Der Bundesrat hat in seiner Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2013–2016 die grosse Bedeutung der Gleichstellung als Querschnittsthema in Erinnerung gerufen. Dies betrifft die DEZA und das SECO. Im SECO gibt es eine Verantwortliche für Gender-Fragen, und die Gender-Dimension ist Bestandteil der Risikopolitik. Die Schweiz nutzt ihre Kompetenz in diesem Bereich, um Einfluss in den multilateralen Institutionen zu nehmen, einerseits durch Stellungnahmen in den Verwaltungsräten, denen sie angehört, andererseits durch einen Dialog mit den technischen Direktionen.

<sup>1</sup> «Gender-Gleichstellung – Ein Schlüssel zu Armutsbekämpfung und nachhaltiger Entwicklung». Siehe: [www.deza.admin.ch/de/Home/Themen/Gender](http://www.deza.admin.ch/de/Home/Themen/Gender)

<sup>2</sup> [www.deza.admin.ch/de/Home/Themen/Gender/Instrumente\\_zur\\_Gleichberechtigung/Gender\\_Tool\\_Kit](http://www.deza.admin.ch/de/Home/Themen/Gender/Instrumente_zur_Gleichberechtigung/Gender_Tool_Kit)

<sup>3</sup> [www.sdc-gender-development.net/en/Home](http://www.sdc-gender-development.net/en/Home)

### Anspruchsvolle Umsetzung

«In der Weltbank gab es Anfang der 80er-Jahre nur eine Person, die sich um den Einbezug der Frauen in die Entwicklungsplanung kümmerte», erinnert sich Ursula Funk, Gender-Spezialistin bei der Abteilung Globale Institutionen der DEZA. «Während Jahren setzte sich die Schweiz für eine bessere Berücksichtigung der Gender-Dimensionen in den Programmen der multilateralen Organisationen ein – mit Erfolg». 2001 entschied die Bank, das «Gender»-Konzept in alle ihre Programme aufzunehmen. 2012 widmet sie dem Thema Gender den Jahresbericht zur weltweiten Entwicklung (siehe Artikel S. 3). Die regionalen Entwicklungsbanken haben ebenfalls eine «Gender»-Politik erarbeitet, ebenso praktisch alle UNO-Organisationen. Auch die Millenniumsentwicklungsziele räumen der Geschlechtergleichstellung einen

hohen Stellenwert ein und sorgen so dafür, dass sie offiziell anerkannt wird.

Marcela Villareal, Direktorin der Abteilung Gender, Gleichstellung und ländliche Beschäftigung bei der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), erklärt, dass «die FAO die Gender-Dimension seit diesem Jahr direkt ins Pflichtenheft der Direktorinnen und Direktoren integriert», um die Wirksamkeit zu erhöhen. Der Ansatz findet Eingang in sämtliche Initiativen der FAO, beispielsweise in die soeben verabschiedeten Richtlinien über die Landnutzung, die mit den Mitgliedsländern ausgehandelt wurden. «Vor Ort ist es allerdings anders, der Ansatz ist schwierig umzusetzen», räumt sie ein. Und auch schwierig zu evaluieren.

In einer Analyse von 2009 zur Beschäftigung von Frauen in ländlichen Gebieten<sup>3</sup> betonten Sabin Bieri (Interdisziplinäres Zentrum für Geschlechterforschung, Universität Bern) und Annemarie Sancar (Gender Focal Point und Verantwortliche für das Gender-Netzwerk bei der DEZA), dass es entscheidend vom Kontext der Beschäftigung abhängt, ob die Stellung der Frauen gestärkt wird. Zu diesem Kontext gehören insbesondere die Machtverhältnisse im Haushalt, ein Kriterium, das noch selten berücksichtigt wird. ▮

#### IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA  
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

**Olivier Bürki**  
Leiter Abteilung Globale Institutionen DEZA  
[olivier.burki@deza.admin.ch](mailto:olivier.burki@deza.admin.ch)

**Christoph Jakob**  
Programmbeauftragter Abteilung  
Globale Institutionen DEZA  
[christoph.jakob@deza.admin.ch](mailto:christoph.jakob@deza.admin.ch)

**Raymund Furrer**  
Leiter Sektion Multilaterale  
Zusammenarbeit SECO  
[raymund.furrer@seco.admin.ch](mailto:raymund.furrer@seco.admin.ch)

**Philippe Sas**  
Stv. Leiter Sektion Multilaterale Zusammenarbeit SECO  
[philippe.sas@seco.admin.ch](mailto:philippe.sas@seco.admin.ch)

**Übersetzung aus dem Französischen:**  
EDA

**Redaktionelle Mitarbeit:**  
Michel Bühner, Antoinette Prince,  
Ursula Funk (DEZA)

**Layout:**  
Marc Dubois, Lausanne  
[marc@mdvr.ch](mailto:marc@mdvr.ch)

<sup>2</sup> [www.admin.ch/ch/d/sr/o\\_108/index.html](http://www.admin.ch/ch/d/sr/o_108/index.html)

<sup>3</sup> <http://www.oecd.org/dataoecd/43/46/42806451.pdf>